

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Der Papst gegen die Sprengattentate

Eine Forderung an die deutsche Regierung.

Wie zu erwarten stand, hat die Brückenkatastrophe von Duisburg auch in den Kreisen der Welt, die dem stillen Sedentum der Ruhrbevölkerung mit offener Sympathie folgten, eine außerordentlich ungünstige Wirkung hervorgerufen. Freilich ist die wirkliche Ursache der Katastrophe noch nicht aufgeklärt. Von deutschen Blättern wird behauptet, daß wahrscheinlich eine Gasexplosion den belgischen Urautobus in die Luft gesprengt habe. Aber die Behauptung der Belgier und Franzosen, daß deutsche Saboteure die militärisch stark bewachte Brücke und den darüberfahrenden Zug gesprengt hätten, findet schon aus dem Grunde mehr Glauben, weil eine Reihe von tatsächlich festgestellten sogenannten „Sabotage-Akten“ ihr die größere Wahrscheinlichkeit zuschreiben. Und die Haltung der deutschnationalen Presse läßt ja gar keinen Zweifel darüber, daß sie diese „aktivistische“ Arbeit des „passiven“ Widerstandes gerade verherrlicht und anreizt. Um so kläglicher muten dann die Versuche an, sich taub zu stellen, wenn wirklich ein neuer solcher Streich vollführt ist und seine Wirkungen an den Ruhrbewohnern sich geltend macht. Die „Kreuzzeitung“ hatte gestern den traurigen Mut, dem „Vorwärts“ vorzuwerfen, daß er „ohne Scham die Geschäfte der Franzosen“ besorge. Warum? Nun, weil wir hier in ernster Weise die Forderung aufstellen, daß die Reichsregierung endlich und entschieden von den Dynamitjungen abrücke und zu ihrem Teufel dazu beitrage, daß der passive Widerstand nicht in sein Gegenteil verkehrt werde.

Wessen Geschäfte die Deutschnationalen und ihre politischen Spielgefährten betreiben, geht am besten aus dem Telegramm hervor, das der Staatssekretär Gasparri im Auftrage des Papstes an den Berliner Vertreter des Vatikans, Pacelli, gerichtet hat:

„Während der Heilige Vater sich mit seinem Briefe bemühte, die Mächte zu einer wirtschaftlichen Verständigung zu führen, und während er befrucht ist, alles vermeiden zu lassen, was eine solche Verständigung verhindern könnte, erfahre ich zu meinem lebhaften Schmerze, daß in den besetzten Gebieten Sabotageakte und andere Verbrechen unter der Drohung der passiven Resistenz begangen werden.“

Seine Heiligkeit beauftragt mich, energische Schritte zu unternehmen, damit die dortige Regierung ein für allemal ein solches verbrecherisches Widerstand verurteile, so wie der Heilige Vater ihn verurteilt.

Bisher hatte der Papstbrief, der zu einer Verständigung unter den Völkern rief, gerade in Frankreich vollständige Wirren hervorgerufen und die gereizte Antwort Poincarés auf die Einmischung des Papstes hatte ihn selbst ins Unrecht gesetzt. Die Sprengung der Duisburger Brücke erscheint im Vatikan auch als eine Antwort, aber durchaus nicht als eine friedliche. Sie zerfällt die Sympathien, die sich in der Welt aufstaut und nützt niemand.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich schon am Montag dahin verständigt, von der Reichsregierung eine alsbaldige und bündige Stellungnahme zu der Dynamitpolitik zu fordern. Auch im Kabinettsauschuss haben die sozialdemokratischen Vertreter am Montag gefordert, daß noch im Laufe dieser Woche im Reichstag eine politische Aussprache stattfinde, in der die Regierung Gelegenheit haben solle, diese ihre Stellungnahme zu präzisieren. Ob der Reichskanzler dazu den Willen hat, muß abgewartet werden. Wenn er dem Wunsche des Papstes entgegenkommt, würde er zwar noch einiges bessern können. Aber er hätte besser die politische Bloßstellung vermieden, wenn er und seine Regierung in allen ihren Tellen rechtzeitig sich zu der Abschüttelung der Dynamitards entschloß und nicht erst auf einen Wink von außen reagierte.

### In Erwartung der französischen Antwort.

London, 3. Juli. (G.) Wie das Reutersche Bureau mitteilt, wird Lord Curzon erst heute nachmittag nach London zurückkehren, so daß der französische Botschafter erst heute nachmittag ihn sehen und die Antwort der französischen Regierung überreichen könne. Es sei verfrüht, von einer Separataktion der englischen Regierung zu sprechen. Die Frage könne nur vom Kabinettsrat getagt werden, das zuvor aber die französische Antwort kennen müsse. Auch England habe seine zerstückten Gebiete in Form seines desorganisierten Handels, der sich aus sich selbst heraus nicht wieder aufstellen könne. Die öffentliche Meinung sei ungeduldig geworden. Alles hänge von der französischen Antwort ab, so daß man vorläufig noch nicht sagen könne, ob es möglich sein werde, zwischen dem englischen und dem französischen Standpunkt zu einem Einvernehmen zu gelangen.

### „Die Lage bitter ernst“.

Paris, 3. Juli. (WZ.) Der Londoner Berichterstatter des „Pest Posten“ schreibt, die autorisierten Wortführer der englischen Regierung hätten niemals den Wunsch nach einer eiligen Lösung in dieser energischen Form zum Ausdruck bringen wollen, wie gestern die Spitzenorgane der britischen Presse dies getan hätten. In offiziellen Kreisen habe man sich im Gegenteil bemüht, gestern zu unterstreichen, daß die Verhandlungen zwischen London und Paris, seit Abendung des Fragebogens fortlaufend geführt worden seien. Man nehme in London an, daß der Besuch des französischen Botschafters am Mittwoch erfolgen werde. Der belgische Botschafter in London, sei noch gestern abend ohne Instruktionen seiner Re-

gierung gewesen. Es sei aber ohne Zweifel, daß die Verzögerung die Ungeduld, die sich in den letzten Tagen in politischen Kreisen geltend gemacht habe, verstärkte. Es verhege keine Sitzung im Unterhaus, ohne daß Baldwin aufgefordert werde, eine Erklärung abzugeben. Die Lage sei bitter ernst; sie könne ohne Gefahr nicht noch länger andauern. Aber der Eindruck des Pessimismus, der durch gewisse Organe der englischen Presse geschaffen worden sei, erscheint dem Korrespondenten des holländischen Blattes für den Augenblick ungerechtfertigt.

London, 3. Juli. (WZ.) Eine Reutersnote betont, daß gewisse Voraussetzungen betreffend Möglichkeiten der künftigen Politik Englands nicht in Aussicht waren. Doch werde in gutunterrichteten Kreisen darauf hingewiesen, daß die Auffassung der City und im Parlament mit Bezug auf die Fortdauer der jetzigen Lage von der Regierung nicht außer Acht gelassen werden dürfe.

Paris, 3. Juli. (WZ.) Einen Beweis dafür, mit welchem Ernst die Lage in Paris aufgefaßt wird, liefern die Blätter, die bis jetzt als einzige für eine Verständigung mit England eingetreten sind. So schreibt der linksradikale „Quotidien“, die Politik Englands, d. h. so weit ein Land durch seine Regierung vertreten werde, sei gewiß ein Denkmal des Egoismus und eine Herausforderung an die Gerechtigkeit. Frankreich würde die materiellen und moralischen Interessen, die ihm oblägen, es würde sich selbst verraten, wenn es einer Drohung dieser Art wiche. Für den Staat wie für den einzelnen sei die Isolierung besser als die Sklaverei. Was aber sei von denen zu halten, die blind und taub, um nicht zu sagen stumm, Frankreich in diese Sackgasse geführt hätten? Was solle man von dem Ministerpräsidenten denken, der es nach Clemenceau und besser als dieser verstanden habe, den Frieden zu sabotieren? Es sei kein Trost, sich auf die Geschichte zu berufen oder auch nur auf die nächsten Wahlen. Bis dahin sei genügend Platz für mehr als eine Katastrophe.

### Belgischer Kabinettsrat.

Brüssel, 3. Juli. (G.) Gestern nachmittag beschloß ein Kabinettsrat Erklärungen, die die Regierung heute in der Kammer und im Senat abgeben wird. Ein Gesetzentwurf über die Grubenarbeiter wird eingebracht werden. Der Kabinettsrat nahm besonders von den Berichten über das Attentat in Duisburg, sowie von den bereits getroffenen und noch ins Auge gefassten Sanktionen Kenntnis. Es wurde beschlossen, die Kredite für die Zahlung von Entschädigungen an die Familien der Staatsbeamten zu verdoppeln.

### Gegen die Devisenspekulation in Frankreich.

Der Kammerauschuss für die Frage der Börsenspekulation beschäftigt sich mit dem neuen Fall des Franks. Das Pfund wurde in Paris am Montag mit 77,07 notiert, während die Mark eine Besserung erfuhr und den Stand von 0,0125 wiedererreichte. Man glaubt in Pariser politischen Kreisen diese Erscheinung mit Spekulationen und politischen Meinungskäufen erklären zu können. Der Kammerauschuss hat infolgedessen eine Entschließung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, die Durchführung des Gesetzes über die Einschränkung der Devisenspekulation scharf zu überwachen und einen Terminhandel mit Devisen einzurichten, mit dem die Industrie in die Lage käme, sich ihren Bedarf an fremden Zahlungsmitteln zu verschaffen, ohne die Kurse zu erhöhen.

### Französische Absichten.

Paris, 3. Juli. (WZ.) „Ere Nouvelle“ will wissen, daß man sich französischerseits entschlossen habe, einer französisch-britischen Zusammenkunft zuzustimmen. Man wolle zuerst Sachverständige nach London schicken, die dann zu einer Aussprache zwischen Poincaré und Baldwin führen sollten. Poincaré sei offenbar besorgt wegen der nervös gewordenen Stimmung im Parlament.

### Verzögerung der Indexverhandlungen.

Die Unternehmer haben keine Zeit!

Ganz unerwartet haben die Arbeitgeber dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt, daß sie heute zu der beabsichtigten Verhandlung mit den Arbeitnehmern keine Zeit hätten. (1) Die Verhandlung kann nunmehr erst Donnerstag vormittag erfolgen. Heute nachmittag finden im Reichsarbeitsministerium aber die Besprechungen der Arbeitnehmerverbände mit den Reichsministerien über die Frage der Einführung wertbeständiger Löhne für deren Betriebe statt.

Diese neue Verschleppung durch die Unternehmer ist nicht allein eine Bräunung der Vertreter der Arbeiterschaft, sie zeigt gleichzeitig, daß man sich in den führenden Unternehmerkreisen keine Rechenschaft darüber ablegt, welche Folgen sich daraus entwickeln können. Die rasende Teuerung ist für die Arbeiterschaft unerträglich geworden. Es muß zu Explosionen kommen, wenn nicht sofort der Arbeiterschaft die Gewähr gegeben ist, daß ihr die Existenzmöglichkeit durch wertbeständige Löhne gesichert wird.

### Kuhige Börse.

Die Stimmung auf dem Effektenmarkt ist ziemlich zurückhaltend. Man erwartet für morgen größere Verkaufsausträge von Seiten des Publikums, doch ist damit zu rechnen, daß das an den Markt kommende Material von der Spekulation aufgenommen wird, so daß ein stärkeres Zurückgehen der Kurse wohl kaum zu erwarten ist.

## Nationalkommunismus.

Als vor einigen Tagen der stumpflose Kadel zur Freude aller deutschen Organisatoren von Bomben- und Dynamitattentaten gegen die Republik und die Arbeiterbewegung Leo Schlageter, „diesen tapferen Soldaten der Konterrevolution“, als einen der Nachahmung würdigen Nationalhelden feierte, mochte der eine oder andere, der die Wandlungen namentlich des russischen Kommunismus nicht genau verfolgt, erstaunt gewesen sein, und in dieser Verherrlichung reaktionärer faschistischer Gewaltmethoden eine agitatorische Entgleisung gesehen haben. In Wirklichkeit liegt die Wurzel der Verbindung Kadel-Schlageter viel tiefer. Schon bei Beginn der Ruhraktion fiel der auffällige und schroffe Wechsel des Standpunktes der deutschen Kommunisten in die Augen. Dieselben Leute, die zu Beginn der Ruhrbesetzung alle Schuld dafür der Regierung Cuno und der deutschen Sabotage der (von ihnen bisher so heftig bekämpften) Erfüllungspolitik in die Schuhe schoben, die die „historische Aufgabe des deutschen Proletariats“ darin sahen, „auf Kosten der deutschen Bourgeoisie die französische Bourgeoisie zu befreien“, gingen nach kurzem Schwanken mit ihrer ganzen Agitation in das Lager der extremsten Nationalisten über. Jetzt bekämpften sie die Sozialdemokratie — denn die muß unter allen Umständen bekämpft werden —, weil sie für eine Verständigung mit Frankreich eintrat. Sie schimpften auf die Regierung, die die Kapitulation vorbereitet, und sie versicherten, daß sie, die Kommunisten, die wahren Vertreter der nationalen Interessen Deutschlands seien.

Dieser auffällige Wechsel ist offensichtlich auf russische Einflüsse zurückzuführen. In Rußland entdeckten Kadel und Bucharin nach der Machtübernahme durch die Bolschewiki, daß die russischen Arbeiter jetzt für Rußland, das zu ihrem sozialistischen Vaterland geworden sei, zu kämpfen und zu bluten hätten. Selbst die Unterscheidung zwischen Angriffskrieg und Verteidigungskrieg fiel für die kommunistischen Theoretiker fort. Die „revolutionäre Offensive“ war jetzt für das Proletariat ebenso gut proletarische Parteipolitik, wie sie die Verteidigung gegen innere und äußere Angriffe war. Die Nationalistische Welle, die die dauernden Interventionsversuche der Ententemächte, in denen sich imperialistische Bestrebungen mit innerpolitischen Tendenzen gegen den Bolschewismus zusammenschoben, in Rußland erzeugten, wurden von den Bolschewiki bewußt und planmäßig zur Erzeugung eines „neuen Patriotismus“ ausgenutzt. Dieser neue Patriotismus läuft genau so wie die „neue Außenpolitik“ der russischen Sowjetregierung am Ende darauf hinaus, unter Verbrämung mit radikalen kommunistischen Redensarten die alte imperialistische Außenpolitik der Zarenregierung mit den durch die veränderte Situation bedingten neuen Mitteln fortzuführen. Ihr dient der unaufhörliche und zweifelloser erfolgreiche Appell an die nationalen Instinkte unterdrückter Kolonialvölker, ihr dient der Versuch, auf diesem Wege die englische Kolonialherrschaft in Indien und Asien zu erschüttern. Die nationalistische Welle, die in Rußland stärker als je zuvor ist, kommt ganz offen in den neuen Rüstungen zum Ausdruck, die nach bewährtem imperialistischen Muster, unter Aufwand einer Riesenpropaganda von der Sowjetregierung betrieben werden. Nur so ist es zu verstehen, wenn Sinowjew in seinem letzten Referat auf der Erklärungsversammlung der Kommunistischen Internationale über die nationale Frage sich in einer Weise äußert, die von den Bolschewiki früher vor ihrer Machtergreifung als verderblichster Hochverrat an Arbeiterinteressen bezeichnet worden wäre:

„Die nationale Frage ist auch die Lebensfrage der deutschen Politik. Unsere Partei kann mit Recht sagen, daß, wenn wir auch kein bürgerliches Vaterland anerkennen, so sind doch wir es, die die Zukunft des Landes, des Volkes und der Nation verteidigen. Dies wurde von unseren Genossen anerkannt, aber sie wagten doch nicht, eine praktische Kampagne einzuleiten. ... In den nationalen Fragen herrscht noch der Nihilismus. Der Unterschied zwischen uns und den bürgerlichen Parteien ist nicht der, daß wir keine Nationalitätenfragen haben und sie eine solche haben, sondern daß die bürgerlichen die nationale Frage nicht lösen können. Sie kann nur in der sozialistischen Gesellschaft gelöst werden. Unsere Parteien haben noch nicht begriffen, daß sie die Mehrheit des Landes hinter sich haben müssen. Und doch wir sind keine Arbeiterpartei nur innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Wir sind keine Juntpartei der Arbeiter, sondern eine Arbeiterpartei, die zugleich Partei des ganzen Volkes ist.“

Dieses starke Bekenntnis zu nationaler Politik hat natürlich in dem Munde Sinowjews eine ganz andere Bedeutung, als wenn etwa die Sozialdemokratie in den westeuropäischen Ländern betont, daß die Arbeiterschaft trotz des internationalen Charakters ihrer Bewegung nicht an allen nationalen Interessen gleichgültig vorübergehen kann. Es ist nur zu erklären als die Wirkung der russischen Staatspolitik, die die Bolschewiki als Vertreter nicht der russischen Arbeiterklasse, sondern des russischen, zum Kapitalismus und zum Schutze der Interessen des Bauerntums zurückgekehrten Sowjetstaates betreiben müssen. Die Propaganda und Bekämpfung für die kommunistische Internationale dient den Bolschewiki als Hilfsmittel in ihrem außerpolitischen Kampfe. Nach der vollständigen Kapitulation, die sie seit der sogenannten „Republik“ vor dem Bauerntum haben durchführen müssen, muß deshalb auch die kommunistische Internationale, um mit Sinowjew zu reden, ihren „Junst-Charakter als Arbeiterpartei“ aufgeben und an Stelle der früheren Parole der Arbeiterregierung tritt jetzt auch bei der kommunistischen Internationale die den russischen und

osteuropäischen Verhältnissen entsprechende neue Formulierung „Arbeiter- und Bauernregierung“. Sinowjew hat in sehr starken Worten das Verlangen der kommunistischen Partei Bulgariens gerügt und — nach dem endgültigen Sturz Stambuljstis — von den bulgarischen Kommunisten die Unterjochung der bulgarischen Bauernregierung verlangt.

Die vollständige geistige Abhängigkeit der kommunistischen Bewegung in Westeuropa von diesen nur aus den besonderen Verhältnissen Russlands heraus zu erklärenden Formulierungen kann durch gar nichts besser charakterisiert werden als durch diese neue Schwenkung. Die Schärfe der Formulierung, mit der Sinowjew das „Brechen mit der verfluchten Vergangenheit“ verlangte, ist symbolisch für die grundlegende Bedeutung dieser Wendung. Die Bolschewiki müssen sich immer mehr darauf konzentrieren, das zu halten, was ihnen bisher zu erobern gelungen ist. Ihre ganze Innen- und Außenpolitik konzentriert sich in der einen Frage: Wie erhalten wir in Russland die politische Regierungsgewalt für die Parteiorganisation der KPR? Nachdem zu diesem Zweck der vollständige Bruch mit der früheren kommunistischen Taktik vollzogen war, nachdem der Kapitalismus im vollsten Ausmaß in Sowjetrußland zur Durchführung gebracht wird, die Forderungen der Bauernschaft wirtschaftlich befriedigt worden sind, erfolgt jetzt auch Anpassung der kommunistischen Auslandspropaganda an diese rein russische Politik. Russland erscheint unter diesem Gesichtspunkt als das Zentrum einer mit den alten Mächten des Jazismus gegen die imperialistischen Mächte Westeuropas ankämpfenden Großmacht. Die Aufspaltung und Unterdrückung nationaler Leidenschaften nicht nur in den asiatischen Kolonialländern, sondern auch in dem industriellen Deutschland dient als eins der Hauptmittel der russischen Außenpolitik, mit dem sie den englischen und französischen Gegner ebenso skrupellos bedroht, wie sie auf der anderen Seite jeden Tag bereit ist, Frankreich gegen England auszuspielen.

Mit internationaler sozialistischer Politik hat das alles natürlich nicht das geringste mehr zu tun. Anstatt die Kräfte der Arbeiterbewegung zur Beruhigung und Befriedung Europas einzusetzen, werden die deutschen Arbeiter kalten Blutes für die Zwecke der Imperialisten eingeleitet. Das die ständige Beruhigung Europas, das Ausbrechen eventueller bewaffneter Konflikte nur der deutschen wie der europäischen Reaktion dient, mag den russischen Bolschewiki gleichgültig sein, für die europäische Arbeiterbewegung ist es eine Selbstverständlichkeit, und deshalb zwingt das Lebensinteresse der europäischen Arbeiterbewegung sie dazu, sich von diesen auf die Anarchie in Europa losfreienden Methoden freizumachen und alle Kräfte auf eine wirtschaftliche und politische Verständigung der Völker Europas zu konzentrieren.

### Doppeltes Spiel.

Kommunistische Drohung gegen die sächsische Regierung.

Ohne „Aktion“ können die Kommunisten nicht leben, und wenn man gegen das Bürgertum keine Aktion unternehmen kann, dann unternimmt man sie gegen die Sozialdemokratie. Der Vorstoß, den der Berliner linke Flügel kürzlich gegen die sächsische Politik der kommunistischen Zentrale unternahm, zwingt jetzt auch die „Bremer“ und „Staatsmänner“, der Regierung Zeigner in Sachsen Schwierigkeiten zu bereiten. In einem langen Beiratsartikel der „Roten Fahne“ bereitet das „politische Bureau“ der kommunistischen Zentrale eine neue Attacke gegen die sächsische Regierung vor. Wir wollen zur Charakteristik dieser „Arbeiterpolitik“ nur einige Proben von den Stillschüssen geben, die sich die kommunistische Zentrale leistet. Sie ergibt sich in den schärfsten Angriffen gegen die letzte Landtagsrede Zeigners:

„Die Rede Zeigners ist der Klugheit der sächsischen Regierung vor dem Geschrei der Bourgeoisie, vor dem Anspöckel des Herrn Ebert, vor den Prügelein des sozialdemokratischen Parteivorstandes und den sächsischen Reichs-Deutschen, den sächsischen Arbeitermördern,

Die kommunistische Partei wird kein Auge zudrücken, reiflos bis zur letzten Konsequenz Klarheit schaffen. Wenn die Regierung den Blut-Feind nicht abschüttelt und den Provokatoren in der Polizei nicht den Prozeß macht, dann trägt sie in vollem Umfange die Verantwortung für das vergossene Arbeiterblut. Die kommunistische Partei kann sich mit der Regierung unter keinen Umständen in diese Verantwortung teilen.

Die Regierung hat nicht verhindern können, daß ihre rechten Parteigenossen auf Arbeiter schießen. Welche Garantien hat die Regierung dem Proletariat zu geben, daß sich die Arbeitermode der Rote-Sozialdemokraten in Sachsen nicht schon morgen wiederholen? Die Regierung muß verhindern, daß die rechten Sozialdemokraten morgen schiefen werden. Sollte sie zu feig sein, den Schritt zu wagen, jstert sie vor den megalomanehellen Intelligenzien und den ausfeindlichen Koalitionspolitikern, wieweil mehr wird sie dann zittern vor den Földisten und vor dem Aufmarsch der bewaffneten Macht der Reichsregierung. Wer den Kampf gegen den Rote-Kurs in der eigenen Partei praktisch nicht aufzunehmen wagt, der wird im Kampfe auf Leben und Tod mit der bestehenden Klasse kein Verbündeter der Arbeiter, sondern ein Feind, bestenfalls ein Hemmschuh sein.“

Auch nur ein Wort gegen die überhöhten Schimpferellen zu verlieren, mit denen die Kommunisten ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie untkleiden, lohnt sich nicht. Nur eine Frage wäre aufzuwerfen, warum die „Rote Fahne“ dieses wüste Geschimpfe mit der Ueberschrift „Doppeltes Spiel“ versteht? Will sie damit etwa andeuten, daß sie selber jedes Woche eine andere Haltung einnimmt? Es ist erst wenige Tage her, daß sie hochhoffentlich den linken Flügel dahin belehrte, es sei zurzeit höchst inopportun, die sächsische Regierung zu stürzen. Ist die neue Erkenntnis vielleicht, wie so oft, wieder die Folge neuer Anweisungen aus Moskau?

### Die Ursprünge der bayerischen Reaktion.

Veröffentlichungen des Majors Maier.

München, 2. Juli. (Eig. Drahtber.) Die bayerische Geschichte der letzten Jahre erhält einige Lichter durch einen Brief, den der wegen seiner Aufbegehungsaktivität beim Hochverratsprozeß Fuchs und Genossen von der gesamten politischen Rechten schwer angefeindete Major Maier veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß im November 1918 ein Kreis von Offizieren in München, zu denen auch Maier gehörte, beschloß, Rupprecht von Wittelsbach wieder in den Sattel zu heben. Der Versuch war aber erfolglos, da der Prinz nicht aufzufinden war und übrigens die nötige Anzahl Monarchisten fehlte.

Von besonderem Interesse ist jener Teil des Briefes, der Aufschluß gibt darüber, wie die Pläne zum Rapp-Putsch in Bayern eingefädelt wurden. Maier, der damals Chef des Nachrichtenendienstes im Gruppen-Kommando 4 (München) war, traf im Februar 1920 den Rapp und auch den Mittwilt mit seinem Stabschef Odershausen in München. Rapp wünschte auf Veranlassung seines Freundes Wangenheim den Dr. Heim kennen zu lernen, ein Wunsch, den Maier nach Regensburg weitergab. Was aus diesen Dingen dann geworden ist, geht aus dem Briefe nicht hervor. Dagegen bringt er Aufklärung, wie in jener demütigenden Nacht vom 13. auf den 14. März 1920 der Sturz des Ministeriums Hoffmann herbeigeführt wurde. Danach erschien am 13. März um 12 Uhr nachts beim General Röhl, dem damaligen Kommandeur der bayerischen Reichswehr, eine Abordnung, darunter Herr v. Rahe und Herr Köhner. Nach Beendigung der Sitzung erhielt Major Maier den Auftrag, sofort dem Ministerpräsidenten Hoffmann den Besuch der gleichen Herren, die bei Röhl waren, anzufordern. Der Besuch erfolgte dann, kurz darauf ein zweiter vor dem Ministerpräsidenten. Unter diesem Druck verantwortlicher Männer mit machtpolitischen Gewicht verzichtete Hoffmann auf weitere Amtierung.

Die Umstände, die Maier zur Ministerpräsidentenschaft verhalfen, sind nicht neu. Die politische Bedeutung des Briefes liegt darin, daß er eine öffentliche Bestätigung dessen ist, was unsere damals als bayerische Minister amtierenden Genossen mitgeteilt haben und was von interessierter Seite entweder mit Stillschweigen übergangen oder sogar bestritten worden ist. Notwendig erscheint eine Aufdeckung

der Zusammenhänge, die damals zwischen Rapp, Dr. Heim und Röhl bestanden und die offenbar die Grundlage bildeten für den Erfolg des gewalttätigen bayerischen Verfassungsbruches im Jahre 1920.

### Die Feme.

Weitere Verhaftungen in München.

München, 3. Juli. (WZ.) Die Erhebungen im Verfahren über die Ermordung des Studenten Baur aus Wismar haben nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft außer zur Festnahme des Täters Zwengauer noch zur Verhaftung der Brüder Johann und Ernst Barger, München, und der Privatdozenten Dr. Ruge aus Heidelberg, seit einiger Zeit in München, geführt. Ueber den Inhalt der Beschuldigung werden nähere Mitteilungen nicht gemacht. Die Hauptverhandlung findet noch im August statt.

### Um Groß-Berlin.

Der 16. Ausschuss des Preussischen Landtages für größere Selbständigkeit der Verwaltungsbezirke hat in seiner letzten Sitzung Stellung genommen zu dem Umfang der Stadtgemeinde. Zahlreiche Petitionen auf Ausgemeindungen sind dem Landtage zugegangen, darunter solche von den Landräten von Teltow und Nieder-Barnim. Die deutsch-nationale Fraktion beantragte neben der Ausgemeindung einer Reihe kleinerer Ortshäfen die Verwaltungsbezirke Spandau und Köpenick aus Groß-Berlin herauszufassen. Eine eingehende Debatte entspann sich besonders über die Ausgemeindung Spandaus, das, wenn es wieder selbständig wäre, angeblich viel besser dastehen würde als heute. Von sozialdemokratischer Seite wurde angedeutet, sowohl von irgend welchen Ausgemeindungen wie auch von Eingemeindungen Abstand zu nehmen und es bei dem heutigen Zustande zu belassen. Mit Ausnahme der Vertreter der Demokraten erklärten die übrigen Parteien, daß eine eingehende sachliche Prüfung der Anträge erforderlich sei. Der Vertreter des Zentrums erklärte insbesondere, daß seine Partei großen Wert darauf lege, durch geeignete Aenderung des Gesetzes die Verfassung so zu gestalten, daß die einzelnen Verwaltungsbezirke mit Freude arbeiten könnten. Sie machten ihre Entscheidung über eventuelle Ausgemeindungen abhängig von der Gestalt der Verfassung Berlins. Als Ergebnis der Verhandlungen ist anzugeben der Beschluß, im September vor Zusammentritt des Landtages eine örtliche Festsetzung der in Frage kommenden Orte vorzunehmen und bei dieser Gelegenheit Fassung zu nehmen mit dem Interessenten am Orte und mit Vertretern der Bezirksverwaltungen.

### Zum deutsch-dänischen Problem.

Der dänische Ministerpräsident antwortet.

Kopenhagen, 2. Juli. (WZ.) Anlässlich einer Feier in Odense, zu der die Botschafter der Insel Fünen eingeladen hatte, hielt der dänische Ministerpräsident Neergaard eine Rede, in der er auch auf das deutsch-dänische Verhältnis zu sprechen kam. Der nähere Anlaß hierfür war augenscheinlich die Rede des preussischen Ministerpräsidenten Braun im Landtage. Ministerpräsident Neergaard führte aus, daß die letzte Grenzregelung in Deutschland Unzufriedenheit ausgeübt habe. Dänemark bemühe sich aber, gegenüber der deutschen Rinderpest in Nordschleswig gerecht zu verfahren. Der preussische Ministerpräsident habe gegen die dänische Verwaltung in Nordschleswig lediglich Redensarten (!) anführen können. Sichtlich der Grenze müßten dänische Sprache und Nationalität geschützt werden. Außerdem müsse Dänemark für die Dänen südlich der Grenze dieselbe Behandlung fordern, die den Deutschen nördlich der Grenze zuteil werde.

Es wäre wünschenswert, von der Rede des dänischen Ministerpräsidenten einen ausführlichen Auszug kennen zu lernen. Sollte sich Ministerpräsident Neergaard tatsächlich damit begnügt haben, dem preussischen Ministerpräsidenten Redensarten vorzuwerfen, so ließe das auf eine gewisse Verlegenheit schließen, die eine weitere Debatte erübrigt.

### „Der Günstling der Zarin“.

Operette von Winterberg.

Die Operette „Der Günstling der Zarin“ in der sich Katharina und ihre sämtlichen weiblichen Obersten unsicherlich verlieben, ist ein Weib, Sofia. In männlichem Gewände stößt sie nach der Ermordung ihres Bruders aus der von Potemkin eroberten Krone, um Klage vor der Kaiserin zu erheben und den allmächtigen Generalinspektor zu stützen. Dieser spielt mit allen Menschen Fangball, auch mit der Kaiserin, intrigiert gegen sie wie gegen Sofia; beide steht er angezogen, beide betriegt er und beiden geht er in die Falle, nachdem der Prunk und die Schönheit der von ihm verführten Krone als eitel Puppe und Leinwand in die Luft gestiegen ist. Die „Potemkin-Dörfer“ will der Gewollte nach seiner Enttarnung nun wirklich aufbauen. Dann wird die Zarin, die schönen Männern gegenüber niemals lange gefühnngstüchtig blieb, wieder verzeihen.

Mit großem Geschick ist hier einmal von Reifer und Feiner eine handlungsreiche, spannende, aus Ernst und Satire, Liebes- und Intrigenspiel, Legende und Geschichte frei gewirkte Aktion auf die Bretter gestellt. In jeder Minute interessierend, könnte das Stück durch Striche im ersten und zweiten Akt an Plastik gewinnen. Sicher aber rückt es von der Durchschnittsware, der Torheit und Unklarheit bester Modesopetten weichen ab. Auch die Gesangs- und die Couplets sind von kultivierterem Geschmack. Es ist versucht, durch den Gehalt eines Stoffes, einer dramatischen Handlung selbst im heiteren Sinn die Aufmerksamkeit zu fesseln und dem Blick, dem Reifer, den Jongleuren und Langen möglichst wenig Raum zu geben. Das kann wesentlich werden für die Entwicklung der ganzen Kunstgattung, die eine able Fanzel geworden war gegenüber der großen Kunst der Oper. Es lebe die „große“ Operette!

Robert Winterberg mocht aus dem Stück musikalisch das, was es werden mußte: ein Mischwerk zwischen Lustspieloper, Dramoel, feinem Singpiel und alter Operette. Viele Stille, aber auch viele Einfälle, viel Wechsell, aber auch viel Abwechslung in musikalischen Ausdruck. Die Nummern sind nicht Selbstzweck, nicht fimpel nebeneinander gestellt, vielmehr haben auch die dramatischen Aussprüche sinnvoll planmäßige Ausarbeitung gefunden.

Die Schöpfer sind großartigste Opernarien, mäßig originelle Tänze, welche Liebeslieder, erotische Weisen und auch ein paar Hochzeiten des modernen Puffkammeres. Es überwiegen die Kleinheiten, lyrisch und spielerisch, und das Orchester hält das gleiche Niveau, zuweilen mit kontrastreichsten Feinheiten ausgestattet, die nur in Opern zu finden sind. Schade, das die Solodarbietenden und Sinales nicht die gleiche Kraft und Sicherheit zeigen, wie etwa das Spiel zwischen den Akten, die Gesänge, das Choral und das Tanzballett! Schade! Ein Anfang der Säuberung ist ge-

macht, möge der Augiasstall der Operette nun ganz geräumt werden!

In Charlottenburg hat man die außergewöhnliche Operette in einer außerordentlich guten Aufführung herausgebracht. Es ist schon etwas anders, ob die Operettenstare fröhlich, oder ob sein geschulte Opernkünste sich der leichten Weise verpflichten. Marcella Rosefer und Elisabeth von Catapof bestanden durch den Liebreiz ihrer Stimmen, Agost Duhamann durch den Schmelz und Schmelz seines fröhlichen Tenors, wie durch die Gewandtheit seines Spiels. Ballett zeigte sich in einer bescheidenen Rolle sehr frisch und familiär, Hermann Böttcher war die allseitig witzige Mittelperson zwischen den Partnern, Oda Ferry und Lola Graal zeigten in ihrer feinen oder robusten Ausgelassenheit, daß man auch ohne Stimme Erfolg in der Operette haben kann. Otto Urad bändigte das kräftige Orchester, soweit es sich bändigen ließ.

Kurt Singer.

Die Entdeckung der Welt. Eine Uebersicht über die Fortschritte der Welt läßt keinen Zweifel darüber, daß die Verarmung der internationalen Weltwirtschaft geradezu rapide Fortschritte macht. Europa ist schon längst nicht mehr imstande, seinen Holzbedarf aus der eigenen Erzeugung zu decken, muß vielmehr Holz aus allen Erdteilen in großen Mengen einführen. Auch Asien ist im Vergleich zu seiner großen Ausdehnung arm an Wäldern. Es besitzt zwar in Sibirien noch einen gewissen Waldbestand, den man aber bereits stark abzuholzen beginnt. Von anderen Gebieten ist wenig zu erhoffen. Die Türkei, Persien, Turkestan, Arabien und Afghanistan werden im wahren Sinne des Wortes von Bäumen entblößt. Indochina und Annam leiden unter gewaltigen Dürren und infolge der Abholzung an regelmäßig wiederkehrenden Missernten. Die Rinde Asiens ist eine Wüste, China kann nur schwer seinen eigenen Bedarf decken und auch Japan steht fast außerstande, Holz auszuführen; es muß Holz vielmehr in großem Umfange einführen. Afrika besitzt allerdings in seiner äquatorialen Zone noch verhältnismäßig große, im Urzustand befindliche Waldreserven, die sich über den Oberlauf des Nil, Dahomey und den Kongo westwärts bis zum Atlantik erstrecken. Der ganze übrige Rest aber ist bereits verwüstet. Ägypten leidet ausschließlich von Holznot. In Ostafrika sind Wälder nahezu unbekannt und alle übrigen Staaten Süd-Asiens, das gilt für die Küsten einer Hand, sind gezwungen, sich Holz von weiterher zu verschaffen. Sie beziehen ihr Holz fast ausschließlich von Schweden. Australien ist in seinem nördlichen Teil ebenfalls von Holz entblößt und überdies für die Aufforstung ungeeignet. In der Randzone ist es allerdings reich mit Wald bedeckt, aber auch hier hat die Raubwirtschaft bereits ungeheuren Schaden angerichtet. So ist es Amerika allein, das vor allem in Kanada über den größten Holzvorrat verfügt. Aber ein reger Ausfuhrhandel sorgt auch hier dafür, daß die Verarmung ständig Fortschritte macht. In dieser Beziehung braucht man nur darauf hinzuweisen, daß in zwei Jahrhunderten hier Holzmassen verbraucht wurden, so groß, wie sie Europa kaum in 20 Jahrhunderten verbraucht hat. Das gilt auch für Südamerika und kein reichliches Holzland Brasiliens.

Eine kostenlose Groß-Funkstation. Wir sind gewohnt, mit den Groß-Funkstationen die Vorstellung mächtiger hoher Türme zu verbinden, wie sie zum Beispiel auf der riesenhohen Station Rauen bei Berlin empfangen. Es wird aber jetzt eine neue Großstation für drahtlose Telegraphie am Balchensee errichtet, die keine Türme für die Aufnahme der Antennen besitzt. Von der neuen Station, die hier gefunden wurde, berichtet „Flakow“ in „Reclams Universal“. Das Balchenseewerk, eins der bedeutendsten Wasserkraftwerke Deutschlands, versorgt nicht nur ganz Bayern bis nach Sachsen, Baden und Württemberg hinein mit elektrischem Strom, sondern wird auch die neue Großstation bedienen. Die Deutsche Telegraphengesellschaft benutzt hierbei, wie sie dies schon auf Java getan hat, zwei Bergspitzen an Stelle der Türme. Es werden also dazu der nordwestlich vom See liegende, 1757 Meter hohe „Herzogenturm“ und der etwa 2 1/2 Kilometer entfernte, 940 Meter hohe „Stein“ in der Nähe des Ruchsees benutzt. Zwischen diesen beiden Gipfeln ist unter großen Schwierigkeiten die Antenne gespannt worden. War schon die Anlage an sich nicht einfach, so mußten doch außerdem noch besondere Vorsichtsmaßnahmen gegen Wind und Wetter angebracht werden, wie sie das Hochgebirge erfordert. Schnee und Kahlreif können die Seile und Drähte, aus denen die Antennenanlage besteht, so stark belasten, daß Brüche und Zerreißungen eintreten, wenn nicht die auftretenden Spannungen ausgeglichen werden. Zu diesem Zweck hat man das Seil in ganz neuartiger Weise über eine Rolle geführt und dann an einem Wogen befestigt, der auf einer schiefen Ebene, einer Schienenbahn, liegt. Die Belastung des Wogens wird mit der Last der Antenne in Gleichgewicht gebracht; mit plötzlich eine Mehrbelastung des Seiles ein, so zieht diese den Wogen in die Höhe; damit verlängert sich die zwischen den Bergspitzen befindliche Seillänge und die Spannungen werden aufgehoben.

Bienen als Hygieniker. Die Bienen kennen sehr wohl die Gefahr, die ihnen von Leichengüsten droht. Einen Beweis dafür fand man jüngst in einem Bienenstock, in dem sich eine tote Maus und eine Schnecke voranden. Wie die Tiere hineingekommen sind, ist nicht aufgeklärt; soviel steht aber fest, daß die Eindringlinge von den Bienen durch Stiche getötet worden sind. Sie gaben sich daran, die Leichen nach allen Regeln der Kunst innerhalb des Stockes zu begraben; denn hinauswerfen oder zerstückeln konnten sie die für ihre Verhältnisse gigantischen Körper natürlich nicht. Der Räucher fand später große, mit Wachs vollkommen luftdicht verschlossene Zellen vor, in denen die toten Tiere lagen. Bei anderen, von Kindern in den Stock gemorsenen Schnecken hatten die Bienen sich damit begnügt, die Öffnung des Schneckenhauses mit Wachs zuzufüllen. Bei den in Wachs begrabenen Schnecken waren die Schalen jedoch mehr oder weniger zertrümmert. Um die Wachsgräber, die am Eingang zum Stock lagen, waren Nebengalerien von besonders großen Abmessungen von den klugen Tierchen gelegt worden, um ungehindert an den Grabstätten vorüberkommen zu können.

Tamar Karavina sang mit ihrem Bariton-Waldhorn im Deutschen Opernhaus Sonntag mittig 12 und Montag nachm. 4 1/2 Uhr. Der Baritonlauf ist effizient.

## Die Leiden der Ruhrbevölkerung.

Essen, 3. Juli. (WZ.) Die Auswirkungen der über die Städte Duisburg, Mülheim, Oberhausen und Hamborn verhängten Sperre für Autos, Straßenbahnen und Fuhrwerke machen sich ganz außerordentlich drückend bemerkbar. Endlose Scharen müder Wanderer ziehen die staubigen Straßen entlang; der eine schleppt einen Sack Kartoffeln, der andere einen Sack mit Kohlen, andere schleppen Körbe voll Lebensmittel, andere mühen sich mit Raschenteilen ab, unter deren Last sie fast zusammenbrechen und müde Kinder weinen. Es ist ein Zug des Jammers. So müssen viele ihre Lasten schweißgebadet drei bis fünf Stunden weit schleppen. Welche gesundheitlichen Schäden sie dabei erleiden, wird erst die nächste Zeit lehren. Zahlreiche Personen, die am Sonnabend abend von der Berteschspitze in Duisburg nichts erfahren hatten und nicht rechtzeitig den Heimweg antreten konnten, keierten einfach, um sich nicht der Gefahr des Erfrierens aussetzen, bei fremden Leuten über die Räume und Daten für die Nacht im Obdach, was ihnen auch bereitwilligst gewährt wurde. Auf Stubenböden und Speichern übernachteten manchmal bis zu zehn Mann in einem Hause, um am frühen Morgen ihre mühselige Wanderung fortzusetzen.

## Die wirtschaftliche Abschnürung.

Paris, 3. Juli. (WZ.) Wie Havas in einem Telegramm aus Straßburg feststellt, bezieht sich die Abspernung des belagerten und unbefestigten Deutschhofs auch auf den Brückenkopf von Rehl. Die französischen Geschäftsleute werden dabei aufgefordert, wenn sie Waren bis an die Grenze des belagerten Gebietes begleiten lassen wollen, sich an die Handelskammer von Straßburg zu wenden, um dort alle erforderlichen Auskünfte über die deutschen Einfuhrbeschränkungen zu erhalten. Die Handelskammer werde alsdann die Ausfuhrerlaubnis den Delegierten der Rheinobertkommision in Rehl übermitteln.

## Angedrohtes Maschinengewehrfeuer.

Düsseldorf, 3. Juli. (WZ.) Kürzlich soll in der Nähe von Stippdorf eine französische Patrouille beschossen worden sein. Der belgische Kommandant des Bezirks hat dem Regierungspräsidenten von Düsseldorf mitgeteilt, daß künftig bei derartigen Vorfällen die umliegenden Dörfer mit Maschinengewehren unter Strichfeuer genommen würden.

## Weitere Verhaftungen.

Paris, 3. Juli. (WZ.) Wie Havas aus Koblenz meldet, sind infolge des angeblichen Attentats beim Rainer Tunnel drei Personen verhaftet worden, die beschuldigt werden, an dem Attentat genommen zu haben.

Düsseldorf, 3. Juli. (WZ.) Der Hauptschriftleiter der am 29. Juni für einen Monat verbotenen „Düsseldorfer Nachrichten“ Dr. Doerkes-Soppard, ist von den Franzosen verhaftet worden.

## Die Franzosen vor Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 3. Juli. (WZ.) Gestern vormittag rückten die Franzosen in Richtung Frankfurt weiter vor. Die neue Grenze liegt jetzt unmittelbar vor den ersten Häusern der Stadt. Eine sechs-köpfige Marokkanertruppe wurde auf dem ehemaligen Flugplatz postiert. Zahllose Personen aus dem belagerten Gebiet, die sich in Frankfurt aufhielten, und nach Griesheim, Höchst und Rainitz zurückzuziehen, wurde der Zugang verboten. Gegen 2 Uhr erschien ein französischer Offizier, der sämtliche am Absperrungsgebiet stehenden Durchlässe gewährte. Ob die Franzosen weiter vorrücken und welcher Zweck mit dem Vorrücken verfolgt wird, steht noch nicht fest.

## Revision des Danzigstatuts.

### Von Polen gefordert.

Danzig, 3. Juli. (WZ.) Die Vertreter des Senats aus Genbrachen, können die Verhandlungen über Danziger Fragen unter Teilnahme von Beamten des Generalkonsulats des Völkerbundes vorläufig nicht stattfinden. Der polnische Außenminister sandte an den Vorsitzenden des Völkerbundes eine Note, in der er behauptet:

1. Der Völkerbund dürfe sich nicht in die inneren polnischen Angelegenheiten mischen.
  2. Der Versaillesvertrag sei in Danzig bezüglich Polens nicht verwirklicht worden, daher sei eine grundlegende Revision des gegenwärtigen Statuts der Dinge und Erfüllung der gegebenen Garantien notwendig.
- Danzig wird eine Gegenerklärung überreichen. Der Kommissar des Völkerbundes in Danzig hat bereits mehrfach betont, daß es in den Beziehungen zwischen Danzig und Polen keine inneren Angelegenheiten geben könne, die den Völkerbund nichts angehen. Der Antrag Polens geht daher auf eine grundlegende Änderung der Stellung Danzigs und der Stellung des Völkerbundes gegenüber Danzig hinaus. Eine solche Veränderung wäre nur möglich, wenn die bestehenden Verträge, die auch von Polen anerkannt und unterzeichnet wurden, abgeändert werden. Danzig wird nachdrücklich darauf bestehen, daß der Völkerbund die übernommene Garantie dieser Verträge auch Polen gegenüber durchführt.
- Die polnische Regierung hat bestimmt, daß alle Danziger Bürger, die die Grenze überschreiten, sich binnen 24 Stunden auf dem Landratsamt melden müssen. Diese Verordnung wurde deshalb erlassen, weil in Danzig eine ebensolche Bestimmung für Polen besteht.

## Sozialdemokratischer Volkstagspräsident in Danzig.

Danzig, 3. Juli. (WZ.) Durch die Verschmelzung der sozialistischen und kommunistischen Parteien wurde eine Neuwahl des Volkstagspräsidenten notwendig. Zum Präsidenten gewählt wurde der sozialistische Abg. Gehl und zum Vizepräsidenten der deutsch-nationale Abg. Dr. Troischel.

## Devisenkurse.

	2. Juli		1. Juli	
	Änderung (Hoh-) Kurs	Devisenkurs (Hoh-) Kurs	Änderung (Hoh-) Kurs	Devisenkurs (Hoh-) Kurs
1 holländischer Gulden	62843.50	62656.50	62943.50	62656.50
1 argentinische Papier-Peso	55860.—	56140.—	55860.—	56140.—
1 belgischer Franc	8054.50	8095.50	8054.50	8095.50
1 norwegische Krone	25935.—	26065.—	25935.—	26065.—
1 dänische Krone	27950.—	28070.—	27950.—	28070.—
1 schwedische Krone	42194.—	42405.—	42094.50	42305.50
1 finnische Mark	—	—	4390.—	4411.—
1 japanischer Yen	75811.—	75639.—	—	—
1 italienische Lire	6962.50	6997.50	6962.50	6997.50
1 Pfund Sterling	731175.—	731895.—	728175.—	731825.—
1 Dollar	159600.—	160400.—	159600.—	160400.—
1 französischer Franc	9501.—	9549.—	9501.—	9549.—
1 brasilianischer Milreis	17456.—	17544.—	17456.—	17544.—
1 Schweizer Franc	28079.50	28290.50	28079.50	28290.50
1 spanische Pseta	25643.—	25767.—	25643.—	25767.—
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	229.42	230.88
1 ungarische Krone	—	—	4817.50	4842.50
1 ungarische Krone	—	—	18.75	18.85
1 bulgarische Lewa	—	—	1536.—	1544.—
1 jugoslawischer Dinar	—	—	1736.50	1744.50

## Der wiederbefreite „Bellajanx“.

Die jahrelange Banerei wird abgebaut, der Belle-Alliance-Platz, Bellajanx genannt, ist wieder frei, der Breiterzaun nur noch rudimentär vorhanden.

Kommt man vom verbuddelten Halleischen Tor, ist man den den Hochhausausgang verengenden Zimmererböden, den fast über Strahenniveau ragenden Schienen, den kreuz und quer laufenden Fuhrwegen glücklich entronnen, über die Felsenriffe des Bellajanx siegreich hinweggesprungen und hat man die Sandflüsse überwunden, in denen Dutzende Buddelständer glücklich sein könnten — so sieht man staunend aus einer Jaunflüde Leute herauskommen, die gar nichts Baumenschenhaftes an sich haben; Frauen mit Markt-, Männer mit fußengefüllten Altentischen. Man denkt, es seien Zugvögel, die sich an die wiederaufgestellte Denkfäule herangepircht und dann einen hinauswurf erlitten haben. Aber gegen die Binsenstraße zu wird die Wahrheit kund — der Zaun fehlt auf einmal. Und die neue Freiheit zeigt sich auch darin, daß allerhand Leute schlankweg und schuppsicher über den grünen Rasen gehen, was der Berliner sonst nicht einmal bei den stürmischen Demonstrationen tut. Nur, wenn erst der Rasen wieder eingetriedet ist und diszipliniert wächst, dann wird selbst jener Zugendliche mit Sanghaor und Hornbrille den Rasen nicht mehr zertrampeln.

Aber an der Ostseite des Platzes stehen noch immer jene Häuschen, Bretterbuden, die irgendwelchen Zwecken dienen, gar nicht danach aussehend, als hätten sie hier nun lange genug gestanden. Rauch kräuselt noch immer aus den kleinen Schornsteinen und dieses Siedlerthum wird uns wohl noch ein Weilchen erhalten bleiben.

## Hamsterei.

In den letzten Tagen hat ein riesiger Ansturm auf die Lebensmittelgeschäfte eingelegt. Schon am Sonntag früh waren in zahlreichen kleineren Geschäften die Bestände ausverkauft. Von allen Seiten ließen Bestellungen auf Lieferung neuer Ware ein. Besonders wurden Eier, deren Preis sich von Tag zu Tag erhöht hat und bereits auf über 2000 M. gestiegen ist, ungemein viel gefragt, ebenso Mehl und Fett. Einzelne Personen kauften gleich in Werte von Hunderttausenden nur für den eigenen Haushalt, um den in den nächsten Tagen und Wochen zu erwartenden noch teureren Preisen zu entgehen. Die Hamsterei war eine Folge des Monats- und Quartalsstufes mit den anschließenden Gehaltszahlungen, besonders die Beamenschaft, die ihr Gehalt auf drei Monats im voraus erhält. Jeder suchte seine augenblickliche Kaufkraft möglichst auszunutzen. Die Geschäfte gaben meist nach Wunsch ab und schraubten zum Teil gleich wieder die Preise hoch. Die Dummen sind die Weidgenüßlichen, die zu sehen mußten, wie die Geldkräftigen ihnen die Lebensmittel in Massen vor der Nase wegkauften.

## Stappenerinnerungen.

### Die Lebensmittelpatete des Postsekretärs Brüssel.

Auf die Anlage der verleunigten Besichtigung eines Oberpostrats Weiland aus Frankfurt a. M. und eines Postinspektors Bazille aus Stuttgart hatte sich gestern vor dem Amtsgericht Charlottenburg ein früherer Postbetriebsassistent Drazski zu verantworten, der in der Kriegszeit im belagerten Brüssel bei dem dort eingerichteten deutschen Postsekretariat unter diesen beiden Beamten arbeitete. Wegen Beihilfe zu einer Urkundenfälschung, zu der er sich damals durch einen Beamten verwickelt sah, wurde Drazski nach dem Kriege mit zwei Monaten Gefängnis bestraft und im Disziplinarverfahren aus dem Dienst entlassen. Er suchte seine Wiedereinstellung zu erreichen und richtete im Jahre 1922 an den Reichspostminister ein Schreiben, worin er zu seiner Entschuldigung sagte, durch Verfehlungen seiner Vorgesetzten sei er schuldlos gemacht und verdrängt worden. Oberpostrat Weiland und Postinspektor Bazille beschuldigte er u. a. durch Verfehlung von Lebensmittelpateten in die Heimat die Soldaten und die Post betrogen zu haben.

Vor Gericht befand Weiland als Zeuge, für Postbeamte habe die amtliche Einrichtung bestanden, daß sie ihre Pakete als Postkasten bis Herbsthal gehen lassen konnten, wo sie dann erst als Privatpakete zur weiteren Beförderung fertig gemacht wurden. Es wurde behauptet, daß Bekannte von Postbeamten gleichfalls diesen Vorzug genossen, und so habe auch er eine nicht bei der Post beschäftigte Frau Reuring daran teilnehmen lassen. Auf Fragen des Rechtsanwalts Kurt Rosenfeld, der den Angeklagten verteidigte, gab Weiland zu, es sei nicht tarret gewesen, daß er Privatpakete als „Postkasten“ gehen ließ. Geldortell habe aber niemand gehabt, da ja Feldpostpakete unentgeltlich befördert wurden. Er räumte ein, mehr Brot erhalten zu haben, als nach der Rationierung ihm zuzukam. Daß auf der Brüsseler, nach der das Postamt dem Postsekretariat leistete, auch die ihm befreundete Frau Reuring gestanden habe, bestritt er. Postinspektor Bazille bestritt, Drazski zur unrichtigen Führung der Postkasse angehalten zu haben. Bei seinem Bruder, dem damaligen Präsidenten Bazille von der deutschen Zivilverwaltung in der Provinz Limburg, der jetzt deutscher Reichstagsabgeordneter ist, fragte er auf Veranlassung Weilands an, ob sie nicht von dort aus noch Lebensmittel erhalten hätten. Eine Zusage kam, und von den Lebensmitteln, die darauf von dem Wahlfahrtsausdruck der Provinz bei dem Brüsseler Postsekretariat als „Reichsbienstände“ eintröfen, erhielten gegen Bezahlung u. a. Weiland, Bazille, Drazski, auch ein nicht bei der Postverwaltung, sondern bei der Zivilverwaltung beschäftigter Landrat v. Uchenbach und schließlich auch die in Deutschland gebürtene Frau des Präsidenten Bazille, an die dessen Bruder vom Postsekretariat aus die Lebensmittelpakete als Postkasten abschickte. Sachverständiger Beirat Sadlersdorf befandete, die Beförderung von Privatpaketen als Postkasten bis Herbsthal sei amtlich zugelassen worden, und die Heimführung bezahlter Lebensmittel nach Deutschland könne er nur für einwandfrei halten.

Gegen den Angeklagten beantragte der Staatsanwalt 300 000 M. Geldstrafe. Rechtsanwalt Rosenfeld führte aus, erwiesen seien mindestens Unkorrektheiten der Vorgesetzten, z. B. die Beförderung von Privatpaketen als Postkasten, der Bezug von mehr Brot. Scharber sei auch, daß die Heimatpakete an Frau Bazille von dem Postsekretariat ausgingen. Der Angeklagte verdrone daher eine mildere Beurteilung. Das Gericht berücksichtigte die Erregung und erkannte auf 200 000 M. Geldstrafe.

## Der Irrtum des Bankkassierers.

### Am 90 Millionen von einem Gauner betrogen.

Ein Bankkassierer hat ein lang gesuchter Gauner um 90 Millionen Mark betrogen. Der Kassierer der Bank hatte an diesem Tage mehrere Milliarden ausgezahlt. Dabei hatte er versehentlich einem Kunden, wie sich nachträglich herausstellte, 90 Millionen Mark zu viel gegeben.

Die Bank hatte sofort bei sämtlichen Firmen, die an diesem Tage Schecks zur Einlieferung übergeben hatten, Nachforschungen angestellt, ob eine von ihnen diesen Mehrbetrag erhalten hatte. Zufällig wurde bei dem Postamt Mitte Anzeige erstattet. Dessen Nachforschungen haben nun ergeben, daß die fehlenden 90 Millionen tatsächlich ein Schwindler erhalten hatte, der wegen anderer Betrügereien bereits gesucht wurde. Der 34 Jahre alte in Sangershausen gebürtige Kaufmann Kurt Stön hatte sich unter dem Namen Stolle und unter der Pseudeonymie, daß er Winkhober der Firma S. Nathan Jr. in Halle sei, an einen hiesigen Kapitalisten gewandt, um von ihm 10 Millionen Mark für ein Geschäft zu er-

langen. Dem gewandt auftretenden Schwindler war es auch gelungen, den Kapitalisten zu bewegen, ihm diese Summe vorzutraden. Er übergab dem angeblichen Stolle zwei Schecks zur Einlieferung. Bei dieser Gelegenheit unterließ dem Kassierer der Irrtum und er erhielt die 90 Millionen Mark zu viel ausgezahlt. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß der angebliche Stolle in Wirklichkeit der wegen Betruges und Urkundenfälschung gesuchte Kaufmann Stön ist. Nachdem er in Magdeburg verschiedene Schwindereien verübt hatte, war er nach Berlin gekommen, um seine Betrügereien fortzusetzen. Der diebstahlige Schwindler, der ziemlich klein und schlant ist, hat kurzes gestülptes Haar, sowie auf der rechten Nasenseite eine zwei Zentimeter lange senkrechte Narbe. Im Ober- und Unterlippe hat er je einen Goldzahn. Nachrichten nimmt das Polizeiamt Mitte über das Auftreten des Schwindlers entgegen.

## Riberne Märchen.

Monarchisten und Kommunisten wetteifern in ihrem heißen Bemühen, über den Reichspräsidenten Ebert allerlei erfindene Geschichten zu kolportieren, durch die sie ihn herabsetzen zu können hoffen. Wegen eines Gerüchtes, das jetzt wieder über ihn in Umlauf gesetzt wird, schreiben ein paar Genossen an uns:

Am Zentralmagazin der Städtischen Gewerke und in anderen Betrieben der Stadt verbreiten die Kommunisten im traurigen Verein mit Indifferenten und Christen folgendes: Am 12. Juni d. J. tagte im großen Hörsaal der Universität eine Versammlung, die sich mit katholischen Glaubensfragen beschäftigte. In der Diskussion behauptete der bekannte Graf Hoensbroech — und er erklärte, die Verantwortung für seine Angaben übernehmen zu wollen —, der Reichspräsident Ebert sei noch heute gläubiger Katholik und Kirchgänger und gehe auch zur Beichte. Die Genossen in den Betrieben fragen nun: Treffen die Angaben des Sekundarjünglings Hoensbroech zu? Hüthet sich der Genosse Ebert, da er angeblich zur Beichte geht, der katholischen Kirche für seine Handlungen verontwortlich?

Wir wissen nicht, ob Graf Hoensbroech die ihm in den Mund gelegte Äußerung überhaupt getan hat, und das ist uns auch gleichgültig. Festgestellt sei nur, daß dieses über den Reichspräsidenten Ebert verbreitete Gerücht ein altherbes Märchen ist. Genosse Ebert gehört längst nicht mehr der Kirche an.

Die „Königlich“ Preussische Impfanstalt Berlin, die wir in Nr. 242 erwähnten, nennt sich so nicht mit Wissen ihres jetzigen Leiters Dr. Gins, was übrigens im „Vorwärts“ auch gar nicht behauptet wurde. Dr. Gins teilt uns mit, schon sehr bald nach seinem im April 1919 erfolgten Eintritt habe er angeordnet, daß keines der alten Formulare mehr ohne Durchstreichung des Zusages „Königlich“ verwendet werden dürfe und daß auch über dem Eingang der Impfanstalt das „Königlich“ in „Staatlich“ umgewandelt wurde. Es könne sich nur um ein Versehen handeln, wenn in einer Sendung noch, wie im „Vorwärts“ gemeldet wurde, ein Streifenband mit dem unkorrigierten Aufdruck „Königlich“ verwendet worden sei. Wir nehmen gern Kenntnis von der Mitteilung des Herrn Dr. Gins, der nunmehr gewiß anordnen wird, daß der ganze noch vorhandene Vorrat aller Formulare im voraus korrigiert wird.

Ein Opfer seines Berufes wurde der Schornsteinfeger Hermann Pfeilschmidt in Reußhau, Hohenstr. 48. Er stürzte vom Dach auf die Straße und war tot. Pfeilschmidt stand im 36. Lebensjahr und hinterließ Frau und Kinder.

Arbeitsgemeinschaft der Kleiderfreunde Groß-Berlin. Mittwoch, den 4. Juli, 7.30 Uhr in der Kurfürstlichen Sprechstunde, Lindenstr. 8, Sitzung der Delegierten des Zentral-Arbeitsausschusses der Kleiderfreunde. Nach Erledigung technischer organisatorischer Angelegenheiten Aussprache über „Reifenerziehung und Qualitätserziehung“. Einleitendes Referat und Diskussionstellung Maria Gohann. — Genossen, welche den Wunsch zum Erlernen neuer Spiele haben, treffen sich wieder eine Stunde vorher in oben genannten Räumen.

Der Tod in den Bergen. Ein schweres Absturzungsopfer, dem drei Personen zum Opfer gefallen sind, hat sich wieder in den bayerischen Bergen zugetragen. Wie aus Garmisch gemeldet wird, sind vorgestern auf dem Weg zur Wiener-Neustädter Gatte im Zugspitzengebiet 4 Touristen abgestürzt. 3 waren sofort tot.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas wärmer, vielach heller, vorübergehend wieder härter bedeckt, bei mäßigen südwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

## Die Frauen zur politischen Lage.

In einer sehr gut besuchten Funktionärinnenkonferenz im Jugendheim sprach die Gen. Bohm-Schuch Wd.M. über „Die politische Lage“.

Die Rednerin führte u. a. aus, daß durch die Ruhrbesetzung die wirtschaftliche Lage außerordentlich verschärft sei. Viele seien der Meinung, daß die deutsche Arbeiterchaft noch mehr vertrogen könne, aber diese Kreise täuschten sich. Vor allen Dingen sei es nötig, in Augenblicken wie dem gegenwärtigen, einen klaren Kopf zu behalten. Die ungeheuer verschärfte Wirtschaftskrise bringe Lohnkämpfe mit sich. Wir stehen am Anfang einer großen wirtschaftlichen Auseinandersetzung. Die Regierung muß den Wünschen der Arbeitnehmer unbedingt so weit entgegenkommen, daß ein lebensmögliches Durchkommen gesichert ist. Politisch ist in den nächsten Wochen keine Einwirkung zu erwarten. Die Rede Poincarés im Senat ist das Gewichtigste, andere Staaten gegenüber, was wohl je ein Staatsoberhaupt sich erlaubt hat. Die englische Politik wird von wirtschaftlichen Interessen bestimmt. England will sein wirtschaftliches Gleichgewicht gegenüber Frankreich herstellen. Frankreich bekommt die Sozialisten, nach Hoch-Vorbringen mit seinen Bodenschätzen zurück, nur will sich England zum Ausgleich Devisen sichern. Seine Devisenreserven sind ausschlaggebend, moralische Erwägungen torunen gar nicht in Betracht. Der Krieg war nur die Auseinandersetzung der Entente Staaten und der Mittelmächte, um den Weltwirtschaftsmarkt. Englischer und französischer Kapitalismus haben in Mesopotamien gleiche Interessen. Die deutsche Arbeiterchaft muß ihren Kampf führen gegen den Kapitalismus im Innern, gegen die Reaktion im Innern, gegen den Kapitalismus von außen und die militärischen Zusammenhänge. Der Versailler Vertrag ist absichtlich gegen die Arbeiterchaft gerichtet. Die Entente Staaten haben Rußland wesentlich anders behandelt als Deutschland. Im bolschewistischen Rußland löste sich alles von selbst auf, der Bolschewismus zerstört aus sich heraus. In Deutschland aber gewann nach der Revolution die Vernunft die Oberhand, es waren Anfänge zum Sozialismus vorhanden, da wurden von außen Schwierigkeiten hineingetragen, die innere Schwierigkeiten auslösten. Der Ruhrkonflikt ist die härteste und schwerste Störung seit der Revolution. Die Stützungsaktion der Ruhr hat die Regierung Genu nicht politisch ausgenutzt, weil sie damals nichts zur Beendigung des Ruhrkonflikts unternahm. Der passive Widerstand ist nicht befohlen worden. Aber die Widerstandskraft bleibt nicht wie im ersten Augenblick, wenn der Hunger kommt. Inzwischen ist drüben der Wille zum Sieg gewachsen. Die Sabotageaktion machen die Voge politisch hoffnungslos. Die Nationalisten, selbst wenn man sie ihrer Handlungen menschlich und geschäftlich zu verstehen sind, begehen ein Verbrechen am deutschen Volke. Die Sabotageaktion und die Maßnahmen, die daraus erwachsen, können leicht zum Bürgerkrieg führen. Nachdem die Rednerin noch über die Kaputtung des Bohnes an die Lebenshaltungskosten gesprochen hatte, wurden interne Parteiangelegenheiten erörtert. Dem beifällig ausgenommenen Referat schloß sich eine lebhafte Diskussion an.

